

## **Beschluss des Landrats vom 13.06.2024**

Nr. 621

### **21. Gutschein für ein befristetes Zeitungsabonnement für alle Jungbürgerinnen und Jungbürger des Kantons Basel-Landschaft**

2024/212; Protokoll: mko

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) informiert, dass der Regierungsrat das Postulat ablehne.

Es gehe **Christina Wicker-Hägeli** (GLP) mit ihrem Vorstoss nicht darum, die Printmedien direkt zu unterstützen, sondern vielmehr darum, die Medienkompetenz bei der jungen Bevölkerung zu fördern, welche sich zunehmend nur noch über die sozialen Medien informiert. In diesem Saal sind sich alle bewusst, wohin das führen kann, besonders im Hinblick auf das Problem der Fake News und den Deep Fakes.

Es besteht inzwischen ein grosses Unwissen von Jugendlichen als auch Erwachsenen über die Mediensysteme, der Rolle von Journalistinnen und Journalisten und die Bedeutung der Medien in einer direkten Demokratie. Das bestätigen auch Personen, die Kommunikation und Mediensysteme an Fachhochschulen und Universitäten unterrichten.

Wenn Jugendliche und Erwachsene den Unterschied zwischen Influencern und Journalisten, zwischen Qualitätsmedien und Instagram oder X nicht mehr kennen, muss das zu denken geben. Darum sollte die Politik jegliche Anstrengung, die Gesellschaft über die bedeutende Rolle der Medien in einer Demokratie aufzuklären, unterstützen.

Soziale Medien sind ein grosser Treiber im Verbreiten von Desinformationen. Auf den sozialen Medien kann alles berichtet und geschrieben werden, verstärkt durch Künstliche Intelligenz (KI) werden ungestraft Fake News verbreitet.

Das Phänomen der sozialen Medien, die ungefiltert irgendeinen Schrott verbreiten können, ist eine grosse Gefahr und Herausforderung für alle Demokratien. Bei Fake News handelt es sich um manipulierte oder falsche Nachrichten. Dabei werden bewusst unwahre Behauptungen aufgestellt, sei es aus politischen, finanziellen oder persönlichen Gründen. Die Menschen sollen getäuscht werden. Gerüchte und Falschmeldungen hat es zwar schon immer gegeben, heute verbreiten sich solche Meldungen durch das Internet aber rasend schnell und erreichen auch viel mehr Leute.

Natürlich ist ein zeitlich begrenztes Gratisabo nicht die alleinige Lösung. Es kann aber ein Mittel sein, um junge Erwachsene in unserem Kanton für das Thema zusätzlich zu sensibilisieren.

An der heutigen Sitzung wird noch ein weiteres Postulat zum Thema Soziale Medien behandelt. Es stammt von Nicole Roth und befasst sich mit der Radikalisierung durch die sozialen Medien.

Ein Postulat von Florian Spiegel fordert ein Pilotprojekt zum Handyverbot an den Schulen. Die Problemfelder sind entsprechend vielfältig und müssen von der Politik angegangen werden.

Zu den Kosten und der Finanzierung eines solchen Projekts: Der Regierungsrat schätzt die jährlichen Kosten auf CHF 261'000, basierend auf der Annahme, dass alle 2'600 Jungbürger und Jungbürgerinnen das Angebot nutzen werden. Das ist jedoch unrealistisch. Es wäre bereits ein Erfolg, wenn 20 bis 30 % der Jugendlichen erreicht werden könnten, was die Kosten um ca. CHF 100'000 reduzieren würde. Der Kanton verfügt über Mittel aus dem Swisslos-Fonds. Der Fonds unterstützt auch Bildungs- und Forschungsprojekte. Es wäre zu prüfen, ob eine Finanzierung über diesen Fonds möglich wäre.

**Dominique Zbinden** (Grüne) sagt, dass die Grüne/EVP-Fraktion das Postulat einstimmig unterstützen werde. Ihr ist die unabhängige Meinungsbildung der Jugendlichen sehr wichtig. Ob ein Zeitungsabonnement in der heutigen Zeit das Richtige ist, ist aber nicht allen ganz klar, aber dafür findet man sicher eine Lösung. Um die Kosten etwas tiefer zu halten, gäbe es eine Möglichkeit,

das Abo auf Antrag zur Verfügung zu stellen. Viele Jugendliche werden das Angebot trotz der Möglichkeit nicht wahrnehmen. Damit können Kosten gespart werden. Einen Einblick in die Vorteile eines Zeitungsabonnements zu erhalten, könnte hingegen einige Jugendliche dazu bewegen, sich auch in den Folgejahren unabhängige und gut recherchierte Informationen zu leisten.

**Heinz Lurf** (FDP) sagt, dass die FDP-Fraktion durchaus Sympathien für das Anliegen der Postulantin habe. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die jungen Erwachsenen mehr regionale Zeitungen lesen würden. Unterstützen wird seine Fraktion den Vorstoss jedoch nicht. Und zwar aus den folgenden Überlegungen: Jungbürgerinnen und Jungbürger sind vor Kurzem 18 Jahre alt geworden. Sie machen entweder eine Lehre oder besuchen eine weiterführende Schule. Oft liegen beim Arbeitgeber oder in den Schulen Zeitungen auf, die in einer Pause gelesen werden können. Auch wird das eine oder andere Elternhaus über eine regionale oder lokale Zeitung verfügen. Eine gute Möglichkeit, um Zeitungen zu lesen, bieten auch die Bibliotheken. Ein Beispiel aus der Kantonsbibliothek Liestal: Im Jahresbeitrag für die Benutzung der Bibliothek ist das Nutzen von digitalen Zeitungsportalen wie PressReader, E-Papers und andere inbegriffen. Dies ermöglicht auch Zugriff auf regionale Zeitungen.

Auch ist zu befürchten, dass ein grosser Teil der jungen Erwachsenen das kostenlose Abonnement nicht verlängern würde, wenn das Gratisjahr abgelaufen ist.

Gestützt auf die obigen Überlegungen lehnt die FDP-Fraktion eine Überweisung ab, dies auch im Hinblick auf die aktuelle finanzielle Situation des Kantons.

**Indre Steinemann** (SVP) sagt, dass die SVP-Fraktion den Argumenten der Regierung folge und das Postulat ablehne. Das Anliegen ist wichtig, aber die Mittel werden nicht zum Ziel führen.

**Béatrix von Sury d'Aspremont** (Die Mitte) scheint die Idee für ein Jahresabonnement sicher gut gemeint, und die Mitte-Fraktion hat auch Verständnis für das Problem und das Anliegen. Information ist grundlegend. Aber der Staat kann und darf nicht für alles zuständig sein. Wir können ihm nicht immer neue Aufgaben überwälzen. Viele News sind im Internet verfügbar, leider auch viele politisch Gefärbte. Es ist aber Aufgabe der Eltern sowie Teil der schulischen Ausbildung, gesellschaftliche und politische Kompetenzen zu vermitteln. Die heutige Jugend ist digital unterwegs und sie sucht sich aus, was einfach und schnell zu lesen ist. Ein praktisches Gratis-Abo heisst noch lange nicht, dass sie diese Inhalte dann auch tatsächlich nutzt. Vielmehr ist zu bedauern, dass es für junge Erwachsene keine verständlichen Ausführungen im Abstimmungsbüchlein gibt, so wie es das noch vor ein paar Jahren gab. Das erscheint ihr viel wichtiger für die Jugend und die jungen Erwachsenen. Eher sollten Bund, Kantone und Gemeinden soziale Medien und Kanäle bespielen, die von den Jugendlichen ebenfalls genutzt werden. Darüber kann die Jugend ihre Infos beziehen, wenn sie es denn interessiert. Vielleicht könnten auch die seriösen Medien für junge Erwachsene spezielle Abos anbieten. Das wäre sicher der bessere Weg. Die Mitte-Fraktion lehnt deshalb das Postulat ab.

**Nadim Ismail** (SP) sagt, dass die SP-Fraktion das Postulat mit einer Enthaltung unterstützen werde. Zeitungen sind der SP sehr wichtig, weil es sich um generell verifizierte Informationen handelt, und somit um etwas, wovon sich die heutige Informationsbeschaffung im Internet unterscheidet. Es ist wirklich wichtig, dass die Leute gut und validiert informiert sind. Schreibt eine Zeitung mal etwas Ungenaues, gibt es Aufsichtsbehörden, die die Verantwortlichen rügen können. Dies alles gibt es im Internet nicht. Der Staat mag vielleicht nicht zuständig sein für die Information der Bürgerinnen und Bürger, er – wie auch das Parlament als deren Vertreter – hat aber ein Interesse daran, dass die Bewohnerinnen und Bewohner im Kanton eine gute Informationsbasis haben. Dafür eignen sich Zeitungen durchaus.

Auch Nadim Ismail kam in der Schule sehr auf den Geschmack des Lesens, weil dort vier Zeitun-

gen auflagen – allerdings für rund 400 Schülerinnen und Schüler. Häufig waren die ziemlich schnell weg. Manchmal liegt auch zu Hause keine Zeitung rum. Zudem müssen die Schülerinnen und Schüler heutzutage sehr viel arbeiten und haben keine Zeit, nach Basel in die Bibliothek zu gehen, um dort Zeitung zu lesen. Deshalb bietet es sich durchaus an, jenen, die interessiert sind, die Möglichkeit zu geben, sich ein Jahr lang mit einer Zeitung auseinanderzusetzen. An der Antwort des Regierungsrats störend war die Rechnung, wonach unser Kanton für 2'610 Jugendliche CHF 261'000 aufwenden müsse, während es im Kanton Freiburg für 3'700 Jungbürgerinnen und Jungbürger lediglich CHF 175'000 sind. Das lässt auf eine schlechte Bewirtschaftung schliessen. Der Regierungsrat, der sonst sehr kompetent ist, kann das sicher besser.

Regierungsrätin **Kathrin Schweizer** (SP) äussert sich im Namen der Landeskanzlei, die den Vorstoss beantwortet hat. Sie persönlich findet das Anliegen sehr sympathisch. Eine Finanzierung über den Swisslos-Fonds wird allerdings nicht möglich sein. Darüber lassen sich nur gemeinnützige Projekte unterstützen. Ein persönliches Gratis-Abo ist alles andere als gemeinnützig. Eine Realisierung hätte somit über die Staatskasse zu erfolgen. Der Vorstoss möchte, dass damit jene Leute erreicht werden, die bisher nicht sehr viel Kontakt mit Zeitungen haben. Einen Antrag für ein Abo zu stellen wäre nicht sehr wirksam, weil man dann nur jene erreichen würde, die es ohnehin interessiert. Die knapp CHF 300'000 wären eine ziemliche Kiste. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass sich das nicht finanzieren lässt. Die Bevölkerung hatte sich damals gegen das Massnahmenpaket zugunsten der Medienförderung ausgesprochen, weshalb der Regierungsrat davon absehen möchte, das Jungbürger-Gratisabo in seinem Kanton einzuführen.

://: Mit 44:33 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat abgelehnt.

---